

# Lindau hoch



Nr. 21

Lindau, Mai 2022

**„Lebe so, dass Du die Taten Deines Lebens nicht zu verheimlichen brauchst, aber auch kein Verlangen hast, sie zur Schau zu tragen.“** (Leo N. Tolstoi, ein Russe)

## Alltägliche Wohnungsspekulation in Lindau

Auf der Insel Lindau steht derzeit an der Ecke Maximilianstraße/Bahnhofplatz das Haus der aus dem Jahre 1935 stammenden früheren Lindauer Sparkassenzentrale für 5.75.000,- € zum Verkauf. Heute ist es ein Wohn- und Geschäftshaus auf 426 m<sup>2</sup> Grundfläche mit 42 Zimmern auf fünf Stockwerken und einer Gesamtwohnfläche von 1.183 m<sup>2</sup> in sieben Wohneinheiten.



Vor elf Jahren erwarben es die heutigen Besitzer, die PST GmbH & Co KG, aus ehemals öffentlichem Besitz (Stadt- und Kreissparkasse Lindau), ohne dass es der Stadt angeboten wurde. Derzeit beläuft sich deren jährlicher Bruttomiettertrag auf 106.800,- €. Möglichen neuen Käufern prophezeien sie: „Nach Ausbau und Mietanpassungen ist zukünftig eine Miete von ca. € 193.000,- p.a. zzgl. Nebenkosten zu erwarten.“ So läuft tagtäglich die Mietenspekulation auch in Lindau.

Dabei frohlockt die derzeitige Maklerin der PST weiter: „Ausbaureserve – ca. 275 qm Wohnfläche: Der Ausbau des Dachspeichers ist bereits baurechtlich genehmigt. Ebenso sind durch eine Aufstockung zwei weitere Wohneinheiten im 4. Obergeschoss realisierbar. Somit ist die absolute Anzahl an Wohneinheiten auf 10 und die Nettowohnfläche auf ca. 1.180 qm erweiterbar [...] Das Mehrfamilienhaus sowie die gesamte Insel-Lindau stehen unter sogenannten Ensembleschutz, was wiederum den Erhalt des Stadtbildes sicherstellen soll. Energieausweis: Wegen Denkmalschutz befreit.“

Ähnliches geschah und geschieht derzeit im Haus am Oberen Schrankenplatz Nr. 2. Die früheren Lindauer MieterInnen mussten ausziehen und nun, gegen Ende der Totalrenovierung, werden die neuen Eigentumswohnungen für rund 700.000,- € aufwärts zum Kauf angeboten.

Wieder ein privates Immobilienprojekt, welches an seinem Ende für die derzeitigen Mieterinnen und Mieter Baustellenbelästigungen sowie eine zusätzliche Mietpreiserhöhung und evtl. den Zwang zur Suche einer bezahlbaren Wohnung bedeuten wird. Die Lindauer Stadtratsmehrheit bleibt dringend aufgefordert, endlich eine städtische Wohnungsentwicklungs-Gesellschaft zu gründen und diese mit genügend Eigenkapital auszustatten, welche derartige Häuser gezielt aufkauft, um sie danach einer kontrolliert spekulationsfreien Weiter-nutzung im Interesse der Mieterinnen und Mieter zuzuführen.



**Oberer Schrankenplatz 2, im April 2022.**

# Was soll das? Kennt die Leitung des Lindau-Tourismus inzwischen Gäste erster, zweiter und letzter menschlicher Ordnung?

## Erziehungsarbeit ist verantwortungsvoll, anstrengend und schlecht bezahlt.

Das muss geändert werden. Im Namen der bundesweit 1,6 Millionen Beschäftigten der Sozialen Arbeit finden hierzu seit Februar 2022 Tarifverhandlungen statt, um bessere Arbeitsbedingungen, Maßnahmen gegen Fachkräftemangel und die grundsätzliche und tatsächliche Aufwertung der Sozial- und Erziehungsberufe zu erreichen.



### **Kindergarten am Sina-Kinkelin-Platz in Lindau.**

Doch die Verhandlungen verliefen bisher erfolglos. Seit 2. Mai 2022 laufen erneute Aktionen der betroffenen Beschäftigten, damit die Gegenseite endlich aufwacht. Am 16. und 17. Mai 2022 werden die offiziellen Verhandlungen fortgesetzt. Bis dahin

können die Beschäftigten jede Menge Unterstützung auch von außerhalb gebrauchen.

## „Eine Insel mit `nem Bahnhof...“

Am 6. April 2022 startete in Lindau eine Unterschriftensammlung, um für den Erhalt der Eisenbahnschienen und Bahnsteige direkt am Inselbahnhofsgebäude beim Lindauer Stadtzentrum zu appellieren. Wer den Appell unterstützen will, kann diesen unterschreiben und bis spätestens 20. Mai 2022 ausgefüllt zurücksenden an die Aktionsgemeinschaft Inselbahnhof Lindau, Wannental 62 in 88131 Lindau:

### **„Lasst die Gleise am Bahnhofsgebäude in Lindau auf der Insel**

Ab Sommer 2022 droht, dass die Gleise samt Bahnsteige am Bahnhofsgebäude beim Stadtzentrum Lindau-Insel entfernt werden und rund 120 Meter nördlich davon enden sollen. Damit würde die verkehrssachlich und für die Fahrgäste wichtige organische Verbindung zwischen Bahnhofsgebäude und Eisenbahnanschluss zerstört.

Wir fordern von Stadtrat und Stadtverwaltung Lindau sowie dem Management der Deutschen Bahn AG, dies zu unterlassen und alle derzeitigen Bahnsteige auf einer Länge bis zum Querbahnsteig an der Nordseite des Bahnhofsgebäudes zu belassen. Stattdessen sollen die kommenden neuen Häuser zwischen alter Bahnmeisterei und Westseite des Bahnhofsgebäudes über die Thierschbrücke und östlich der alten „Inselbrauerei“ verkehrlich erschlossen werden. Für extrem seltene Fälle, in denen die Thierschbrücke in Notfällen für Blaulichtfahrzeuge nicht befahrbar ist, soll wie bisher die Uferpromenade südlich des Bahnhofsgebäudes dienen. Anstelle des Kiosks „Essbahnhof“ soll künftig ein direkter fußläufiger Zugang zu den Bahnsteigen 1 und 2 ermöglicht werden.“

<b>Vor- und Zuname:</b>	<b>Vollständige Anschrift:</b>	<b>E-Mail-Adresse:</b>	<b>Unterschrift:</b>

## Der Ukrainekrieg und die wirtschaftliche Geiselnahme.

Seit dem 24. Februar 2022 greift russisches Militär die Ukraine in einem zerstörerischen Krieg an. Seit Jahresende 2021 führen die US-Regierung, die EU sowie die deutsche Regierung einen zunehmend verschärften wirtschaftspolitischen (politökonomischen) Krieg gegen die Russische Föderation. Neben den direkten Auswirkungen des Ukrainekrieges sowie der bisher zwei Jahre dauernden Covid-Pandemie verschärft u.a. dieser „westliche“ Wirtschaftskrieg zunehmend eine Geldentwertung auch bei uns. Die Preisinflation in Deutschland liegt inzwischen bei 7,3 Prozent, bei den Energie- und Heizkosten deutlich höher. Hinzu kommt das Fehlen von immer mehr lebensnotwendigen Gütern. Führende VertreterInnen der bundesdeutschen Politik und Chefredaktionen der Leitmedien wollen die unteren 80 Prozent der Bevölkerung nun dadurch in eine wirtschaftliche „Geiselnahme“ für diesen ihren Wirtschaftskrieg gegen Russland nehmen. Um bisher günstige Kohle-, Öl- und Gaslieferungen aus Russland zu beenden, sollen diese 80% des Volkes ab Herbst schlecht bis ungeheizte Wohnungen in Kauf nehmen. Die bisherigen Energien dafür sollen nicht mehr geliefert werden dürfen bzw. teilweise von nochmals rund 30% teureren und deutlich klimaschädlicheren Lieferungen aus dem arabischen Raum sowie aus den USA ersetzt werden.



Solange umweltverträgliche und klimaschonende Alternativenergien nicht tatsächlich ausreichend angeboten werden können, dürfen diese Kältepläne der Herrschenden gegen die untere Bevölkerungsmehrheit im Lande nicht Wirklichkeit werden. Die Energiewirtschaft muss unter demokratischer Kontrolle vergesellschaftet werden, um Schutz vor Preisspekulationen durchzusetzen.

**Spendenkonto** für Ukraine-Flüchtlinge von medico international und der polnischen Grupa Granica:  
**IBAN: DE 69 4306 0967 1018 8350 02. Stichwort: Ukraineflüchtlinge an den Grenzen.**  
**Medikamente und medizinische Ausstattung statt Waffenlieferungen!**

## Für das Tierwohl, gegen den Kapitalismus!



Nicht nur Menschen, sondern auch domestizierte Nutztiere werden innerhalb des kapitalistischen Systems ausgebeutet. So ist es naheliegend, bei den Bemühungen um ein leidfreies Leben für Tiere an Marx' Theorien anzuknüpfen, da innerhalb des Kapitalismus ähnliche Mechanismen auf das Leben und Arbeiten von Tieren wirken wie bei Menschen. Bspw. entfremden Tiere unter kapitalistischen Produktionsbedingungen ebenso wie menschliche ArbeiterInnen sowohl von ihrer Tätigkeit als auch von ihren Produkten. Ihr Produkt, aber auch dessen Produktion selbst, tritt den ErzeugerInnen als etwas Fremdartiges entgegen, da sie nicht in eigenem Interesse, sondern für und durch die Mittel einer/s Dritten produzieren. Zudem generieren NutztierhalterInnen und KapitalistInnen ihren Profit aus dem Mehrwert der eingekauften Arbeit. Allerdings müssen NutztierhalterInnen angesichts des Konkurrenzdrucks zu immer grausameren Ausbeutungsmethoden greifen. Der Produktivitätszwang wird ebenso auf Menschen wie auf Tiere ausgeübt, wobei Tiere nicht dazu in der Lage sind, Gewerkschaften zu gründen oder wählen zu gehen. Deshalb müssen wir Menschen uns stellvertretend für sie in einen revolutionären, antikapitalistischen Prozess begeben, um dem Leiden von Tier (und Mensch) ein Ende zu setzen. Bei erweitertem Interesse zum Thema Tierethik und Marxismus gerne schreiben an:

kevin@premium-kollektiv.de

# Chancen der Mindestloohnerhöhung ungenutzt

„Das Mindestloohnerhöhungsgesetz kommt und setzt die Lohnuntergrenze auf 12 Euro fest. Was für Millionen Beschäftigte eine gute Nachricht ist, empfinden Unternehmen mit dem Geschäftsmodell ‚Dumpinglöhne‘ als Zumutung. Kein Wunder also, dass die Arbeitgeberverbände den Druck erhöhen und mit juristischen Klagen drohen“, erklärt Susanne Ferschl, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, anlässlich der bevorstehenden ersten parlamentarischen Lesung des Mindestloohnerhöhungsgesetzes im Deutschen Bundestag. Ferschl weiter:



„Für die Arbeitgeber, die auf Dumpinglohnmodelle setzen, hat die Ampel ein handfestes Geschenk im Gepäck: die Ausweitung von geringfügiger Beschäftigung. Die sogenannten Minijobs, die gerade im Gastgewerbe und im Einzelhandel ein gern genutztes Flexibilitätsinstrument sind, werden in dem Gesetz als Zukunftsmodell festgeschrieben. Minijobs sind nicht nur ein Einfallstor für Schwarzarbeit und Mindestlohnbetrug, sondern zwingen Beschäftigte in nicht existenzsichernde und nicht soziale Jobs. Insbesondere Frauen werden verstärkt in der Teilzeitfalle festhängen und ihrer beruflichen Chancen systematisch beraubt. Erst recht nach den

**Susanne Ferschl, MdB** abgesicherten Erfahrungen der Corona-Pandemie ist das nichts anderes als arbeitsmarkt- und gleichstellungspolitische Geisterfahreerei...

Die Linksfraktion begrüßt die Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12 Euro pro Stunde, wodurch in Deutschland das von der internationalen Mindestlohnforschung als angemessen anerkannte Niveau erreicht wird. Dafür haben wir lange gekämpft. Dass zeitgleich jedoch geringfügige Beschäftigungsverhältnisse (sogenannte Minijobs) ausgeweitet, dynamisiert und als Zukunftsmodell zementiert werden, ist fatal.

Minijobs stehen sinnbildlich für prekäre und nicht existenzsichernde Arbeit. Sie verdrängen reguläre Beschäftigung und begünstigen Schwarzarbeit. Zudem werden sie überproportional häufig von Frauen ausgeübt, die so weder ihre Existenz eigenständig sichern noch gute Rentenansprüche aufbauen können und deren Erwerbspotential stilllegen.

Die Pandemie hat überdeutlich gezeigt: Minijobbende halten als unabgesicherte ‚Reservearmee‘ auf dem Arbeitsmarkt her. Auf sie wird im Krisenfall kurzfristig verzichtet, ohne dass ihnen Kurzarbeitergeld, Arbeitslosengeld oder Krankengeld zustünden.

2020 waren rund zwölf Prozent der Minijobbenden arbeitslos. Die Annahme, Minijobs würden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Möglichkeit bieten, entsprechend ihren individuellen Lebensverhältnissen eine Beschäftigung auszuüben, die im Regelfall von untergeordneter wirtschaftlicher Bedeutung ist, hat den Praxistest nicht bestanden.

Wir fordern: Arbeit muss ab der ersten Stunde voll sozialversichert sein. Wer den Mangel an Fachkräften beklagt, muss unsichere Beschäftigung eindämmen und nicht ausweiten... Um die zukünftige Entwicklung gemäß international anerkanntem Standard sicherzustellen, ist der Schwellenwert von 60 Prozent des Bruttomedianlohns als Untergrenze für die Fortentwicklung des Mindestlohns gesetzlich vorzuschreiben.“

**Susanne Ferschl, LINKE-Bundestagsabgeordnete des Allgäus, am 27. April 2022**

**Freiheit für den freiheits- und lebensbedrohten Wikileaksgründer Julian Assange in London, für den inhaftierten US-„Indianer“ Leon Peltiere und den farbigen US-Journalisten Mumia Abu Jamal, jetzt. Freiheit für die politischen Gefangenen in der Türkei!**

*„Verschwendung ist jeder Krieg nur aus volkswirtschaftlicher Sicht, nicht aus der Sicht der herrschenden Klassen. Die herrschende Klasse kann durch einen Krieg reicher und mächtiger werden, auch wenn die Volkswirtschaft insgesamt ärmer geworden ist.“ Karl Marx*

V.i.S.d.P.: **DIE LINKE**, 88131 Lindau, Kontakt: [www.die-linke-allgäu.de](http://www.die-linke-allgäu.de).